

November 2010

Gibt es ein linkes Sparen?

Überlegungen zu einer fortschrittlichen Reallokation öffentlicher Ressourcen

Ein Essay für Momentum 2010 von Nikolaus Kowall

Einleitung

Wer dem Wohlfahrtsstaatsmodell westeuropäischen Typs anhängt wird feststellen, dass die Mittelaufbringung und die Ressourcenallokation der Republik Österreich relativ zufriedenstellend sind. Internationale Vergleiche zeigen, es gibt Industriestaaten in denen es wesentlich ungerechter zugeht. Zufriedenstellen ist aber nur eine mittlere Note und die Defizite sind vor allem auf der Einnahmenseite (Mittelaufbringung) nicht zu übersehen. Ins Auge stechen die geringe Besteuerung von Vermögen und die hohe Besteuerung von Arbeit. Zu Recht fokussieren progressive Kräfte seit Jahren vor allem darauf, diese einnahmenseitige Schieflage in der öffentlichen Debatte zu thematisieren. In der Hitze des Gefechts wird auf die Ausgabenseite (Ressourcenallokation) gänzlich vergessen. Diese bietet auch etwas weniger Anlass zur Kritik, sind es doch im wesentlichen die sinnvollen Bereiche Gesundheit, Pensionen, Bildung und Infrastruktur für die öffentliche Mittel eingesetzt werden. Von wirtschaftsliberaler Seite werden jedoch immer wieder gezielt Missstände aufgezeigt (Privilegien, Verschwendung etc.), die aus den „Steuergeldern der Leistungsträger/innen“ finanziert würden. Das ist einerseits eine gezielte Strategie um das Gemeinwesen zu desavouieren, andererseits sind die Missstände aber nicht frei erfunden.

Aus vier Gründen soll in diesem Text der Ressourcenallokation Augenmerk geschenkt werden. Erstens weil durch eine effizientere Verwendung staatlicher Ressourcen Mittel für dringend notwendige politische Maßnahmen frei werden. Zweitens weil viele Reformen im Sinne einer staatlichen Organisationsentwicklung zur Verbesserung öffentlicher Leistungen führen können. Drittens weil jeder staatliche Klientelismus Gift für eine solidarische Gesellschaft ist und mit den egalitären Ansprüchen jener sozialdemokratischen Idee der sich der Autor des Textes verpflichtet fühlt unvereinbar scheint. Viertens weil der wirtschaftsliberalen Fundamentalkritik am Gemeinwesen der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Werden Schieflagen in der staatlichen Ressourcenallokation beseitigt, schmilzt die Angriffsfläche auf den Wohlfahrtsstaat drastisch dahin.

Das Ziel des Textes ist es die Ausgabenseite kritisch zu beleuchten, Privilegien, Verschwendungen und Fehlallokationen öffentlicher Mittel aufzuzeigen und Alternativen im Sinne eines „linken Sparens“ anzuschneiden. Es geht dabei um sektorale Einsparungen, nicht um eine Reduktion der Staatsquote. Öffentliche Mittel sollen nicht gekürzt, sondern intelligent umgeschichtet werden. Der Text enthält dementsprechend einen stichwortartigen Vorschlag für eine Staatsreform, im Vordergrund steht allerdings eher der Versuch zu vermitteln, wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Staatsorganisation ist. Das Papier ist nicht wissenschaftlich, kommt jedoch nicht ohne wissenschaftliche Passagen aus. Großteils handelt es sich um eine systematische politische Argumentation. Im Text wird oft von Sozialdemokrat/innen gesprochen, weil das jene politische Gruppierung ist, an die die Zeilen in erster Linie adressiert sind. Gemeint sind aber nicht nur Rote, sondern alle Menschen die sich Gedanken über eine progressive Realpolitik im Bereich der Ressourcenorganisation unseres Gemeinwesens machen.

1. Wozu wollen wir zusätzliche Mittel?

Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Erschließung neuer öffentlicher Geldquellen absolut notwendig. Die drei wichtigsten Verwendungsbereiche für frisches Geld werden hier erläutert, wobei die Reihung im Text auch der Reihung in der von mir so wahrgenommenen vorherrschenden roten Prioritätensetzung entspricht.

1) Der erste und wichtigste Punkt sind **zahlreiche Investitionen**, die seit Jahren überfällig sind. Genannt seien die Bereiche Kinderbetreuung, Schulbildung (mit Schwerpunkt auf Migrantenförderung), Universität & Forschung, Pflege, Ökologisierung von Verkehr und Energieversorgung sowie Anstieg der Budgets für Entwicklungszusammenarbeit. Die Defizite sind offenkundig und die Priorität der Investitionsoffensive ist weitgehend unumstritten.

2) Ebenfalls relevant, wenn auch weniger euphorisch gefordert, ist eine finanzielle **Entlastung der unteren und mittleren Einkommenschichten**. Die Ideen dazu sind vielfältig, die treffsichersten Varianten schlagen eine Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen in diesen Einkommenssegmenten vor, die durch einen höheren Zuschuss aus (Vermögens-)Steuermitteln ausgeglichen wird.

3) Der letzte und am stärksten vernachlässigte Punkt ist die **Verringerung der Schuldenlast**¹. Mit der vom Finanzsektor ausgelösten Krise ist Staatsverschuldung von knapp 59,5 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2007 auf 70 Prozent des BIP im Jahr 2010 angestiegen. Das ist der höchste Schuldenstand in der 2. Republik.

2. Wieso wollen wir Investieren, Entlasten und Schulden abbauen?

- **ad 1 Investitionen)**

Wie begründen SozialdemokratInnen die Notwendigkeit für öffentliche Infrastruktur? Sowohl über die staatliche Allokationsfunktion (Eingriff in die Struktur der Produktion) als auch über die Distributionsfunktion (Eingriff in die Verteilung). Die Distributionsfunktion ist im Zusammenhang mit der öffentlichen Infrastruktur leicht nachvollziehbar. Bietet der Staat kostenlose Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung an, dann verdoppeln diese Leistungen das Nettoeinkommen eines Niedrigverdieners auf ein Realeinkommen, das sich dann beispielsweise zur Hälfte aus dem Nettolohn und zur Hälfte aus öffentlichen Sachleistungen zusammensetzt. Für

¹ Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist für die Verringerung der Schuldenlast keine absolute Verringerung des Schuldenstandes notwendig. Die Schuldenbelastung wird im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bemessen. Ist die Wachstumsrate der Schulden also geringer als jene des *nominellen* BIP, kommt es automatisch zu einer Verringerung des Schuldenstandes. Illustriert an einer einfachen Rechnung: Ein Staat hat ein BIP von 100€ und Schulden von 60€. Das entspricht einer Staatsverschuldung von 60 %. Wächst das BIP nominell (also inklusive Inflation) um vier Prozent auf 104€ und die Schulden wachsen nur um zwei Prozent auf 61,2€, ergibt sich ein Schuldenstand von nur noch 58,8%.

eine Top-Verdienerin bedeutet die öffentliche Infrastruktur hingegen nur eine Aufbesserung ihres Nettoeinkommens um Hausnummer fünf Prozent.

Eine staatliche Allokation, also ein Eingriff in die Struktur der Produktion, wird in der Finanzwissenschaft durch Marktversagen begründet, welches wiederum zwei Ursachen haben kann. Entweder ein Versagen auf der Angebotsseite, weil z.B. private Krankenversicherungen keine Polizen für finanzschwache Menschen und/oder Menschen mit hohem Krankheitsrisiko anbieten. Oder ein Versagen auf der Nachfrageseite, weil die Menschen so genannte meritorische Güter nicht nachfragen wollen. Das sind Güter, deren gesellschaftlicher Nutzen höher ist als der Nutzen aus der individuellen Sicht des Individuums, etwa Bildungseinrichtungen, die viele Menschen in diesem Umfang individuell gar nicht nachfragen würden. Natürlich existieren auch demeritorische Güter, also Güter deren Nachfrage der Staat auf Grund ihres negativen gesellschaftlichen Nutzens nicht fördern sondern einschränken möchte (Drogenkonsum, Prostitution etc). Die Sozialdemokratie bekennt sich prinzipiell dazu, als Gesellschaft in das Marktgeschehen einzugreifen. Sowohl um Güter bereitzustellen die der Markt nicht anbieten würde, aber auch, und das ist zweifelsfrei ein paternalistischer Zugang, um jene Güter herzustellen von denen man annimmt, die Menschen fragen sie von selbst nicht ausreichend nach. Zugespitzt ausgedrückt: Besser der Staat alloziert Mittel Richtung Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung als Teile der Bevölkerung werfen ihre Ressourcen in den Rachen der Glücksspielindustrie oder anderer demeritorischer Branchen.

- **ad 2 Entlastung)**

Während die Bereitschaft zur Investition in die öffentliche Infrastruktur in der Sozialdemokratie unumstritten scheint, sind es die Entlastung der unteren Einkommensschichten und vor allem der Schuldenabbau, von deren Relevanz noch nicht so viele Menschen überzeugt sind. Doch zu Unrecht! Beginnen wir mit der Entlastung der mittleren und unteren Einkommensschichten. Das makroökonomische Argument lautet, dass eine Stärkung der Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe wegen derer geringer Sparquote fast 1:1 zu einer Erhöhung des Konsums führt und somit die Volkswirtschaft stimulieren würde. Dabei wird allerdings übersehen, dass eine Verwendung der gleichen Gelder durch den Staat mittels gezielter Investitionen sogar höhere Wachstumsimpulse generieren könnte. Es sind andere Argumente (ein mikroökonomisches und ein strategisches), die mich zu einem Befürworter der Entlastung unterer und mittlerer Einkommen machen.

2a) Viele Wirtschaftsliberale behaupten Arbeit zahle sich nicht aus. Die Aussage ist zutreffend, allerdings nicht für jene Einkommensgruppen die von neoliberaler Seite gemeint sind. Während die Grenzbelastung bei den oberen Einkommen auf Grund der Höchstbemessungsgrenze in der Sozialversicherung sogar abnimmt, sieht es im unteren Bereich der Einkommensskala ganz anders aus. Jeder Euro der über einem zu versteuernden Jahreseinkommen von kargen 11.000 Euro liegt, wird mit 44 Prozent Steuer und Sozialversicherungsabgaben

belastet.² Das ist eine katastrophale Anreizstruktur und wenn von gewissen Kreisen betont wird, die Höhe der Mindestsicherung müsse sich deutlich von niedrigen Nettolöhnen unterscheiden, dann solle man doch bei der Entlastung dieser Nettolöhne von Abgaben beginnen.

2b) Aus strategischen Gründen ist es notwendig, dass die breite Masse eine Umverteilung im eigenen Geldtaschel spürt. Leistungen der öffentlichen Hand erhöhen zwar indirekt genauso die Kaufkraft, sie wirken aber zeitversetzt, werden nicht von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen benötigt (z.B. Kinderbetreuung) und fallen in der subjektiven Wahrnehmung weniger ins Gewicht. Mehr Nettogehalt als Folge einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ist hingegen sofort wirksam, betrifft alle und fühlt sich subjektiv nach mehr Geld an. Den Reichen zu nehmen und nur dem Staat zu geben ist eine schlechte Strategie. Man muss den Reichen nehmen und auch den Armen geben. Andernfalls werden sich Steuererhöhungen (und träfen sie objektiv tatsächlich nur die Reichen) noch schwieriger durchsetzen lassen.

Aus ebenfalls mikroökonomischen *und* strategischen Gründen könnte man noch weiter gehen und auch die Sozialabgaben für die Arbeitgeberseite senken. Damit tut man tatsächlich etwas gegen die berüchtigten Lohnnebenkosten und macht Arbeit auch für die Angebotsseite eine Spur attraktiver, was sich positiv auf die Beschäftigung auswirken kann. Des Weiteren gräbt man der Schwarzarbeit ein bisschen Wasser ab. Zuletzt ist damit ein Zuckerl für den berühmten unternehmerischen Mittelstand im Paket, der sich so sehr vor vermögensbezogenen Steuern fürchtet.

- **ad 3 Schuldenabbau)**

Die in den letzten Jahrzehnten aufgestaute Verschuldung hat im Wesentlichen zwei Ursachen. Einerseits haben wir bekannte ausgabenseitige Probleme, Rafael Wildauer führt in einem Blogeintrag³ für die Sektion 8 die Beispiele Föderalismus, Beamtenprivilegien, Pensionsprivilegien und Subventionen an. Andererseits ist die Verschuldung das Resultat einnahmensseitiger Probleme, sowohl als Folge einer zunehmenden Schieflage in der Einkommensverteilung, als auch als Ergebnis von Steuersenkungen. Mit einer Lohnquote wie im Jahr 1980 wäre der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme auf Grund der entsprechend höheren Steuern und Beiträge beachtlich geringer. Mit einem Körperschaftssteuersatz von 34 Prozent wie vor der Steuerreform 2005 sähe es budgetär ebenfalls deutlich besser aus. Was die Schuldenreduktion betrifft, ist Skepsis gegenüber jeglicher Hysterie angesagt. Natürlich müssen künftige Generationen die Schulden zurückzahlen, sie profitieren aber auch von den Renditen der auf Pump finanzierten Investitionen. Es ist bekannt, dass Staatsschulden unterm Strich Schulden bei der eigenen Volkswirtschaft sind. Daher sind Schulden in geringerem Ausmaß ein

² Wifo: „Ziele und Optionen der Steuerreform: Reform des Einkommensteuertarifs“, S.5. Die Zahlen des Wifo beziehen sich auf die effektive Grenzbelastung vor der Steuerreform 2009, die ab 10.000 Euro bei 45,6 Prozent lag. Da der Steuertarif in dieser Einkommensgruppe um etwa 1,8 Prozentpunkte erhöht wurde und der Freibetrag auf 11.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen angehoben wurde, liegt die effektive Grenzbelastung nun bei 43,8 Prozent.

³ Vg. <http://blog.sektionacht.at/2010/09/alle-jahre-wieder---die-verwaltungsreform/>

volkswirtschaftliches Problem in dem Sinne, dass sie Wirtschaftswachstum oder die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Das sind bekanntlich neoliberale Märchen. Es sind andere negative Auswirkungen auf das politökonomische Regime, die Schulden politisch unsympathisch machen.

3a) Schulden haben eine negative Verteilungswirkung. Wer bekommt die Zinsen, die der Staat für seine Schulden auslegen muss? Jene Bevölkerungsgruppen, die Geld haben, das sie veranlagen wollen und die einen Teil dieses Geldes in Staatsanleihen investieren. Das sind fast ausschließlich Menschen im oberen und obersten Einkommensbereich, bzw. in deren Vertretung Banken und institutionelle Anleger. Zahlen müssen diese Zinsen aber alle SteuerzahlerInnen. Sprich alle Menschen.

3b) Schulden heizen die Finanzmärkte an. Wie der Ökonom Jörg Huffschmid in seinem Buch „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ erläutert, hat die Staatsverschuldung wesentlich zur Expansion der Finanzmärkte beigetragen. Durch die öffentliche Verschuldung „sind in großem Umfang anlagesuchende liquide Mittel absorbiert und verwertet worden.“ (Huffschmid S. 79). Der bekannte deutsch-österreichische Wirtschaftsblogger Thomas Strobl merkte im Rahmen einer Veranstaltung des Kreiskyforums an: „Meine These ist, dass mit der massiv einsetzenden Staatsverschuldung gegen Ende der 70er-Jahre, Anfang der 80er-Jahre eigentlich erst die Kapitalien geschaffen wurden, die da heute um den Globus jagen.“⁴ Ohne die sicheren Staatsanleihen in den Portfolios würden wohl viele Kanäle des Finanzmarktes austrocknen. Nicht notwendigerweise zum Schaden der Gesellschaft, wie wir spätestens seit der Finanzkrise wissen.

3c) Schulden engen den finanziellen Handlungsspielraum für künftige Generationen ein. Die jährlichen Zinszahlungen der Republik Österreich betragen mittlerweile acht Milliarden Euro. Die Zinsen absorbieren damit sechs Prozent der gesamten Staatseinnahmen und die Tilgung der Staatsschuld übertrifft das Schulbudget des Bundes. Dieser Umstand habe auch demokratiepolitische Implikationen, argumentieren Streeck/Mertens⁵ durchaus plausibel. „Wenn politische Erblasten einen beträchtlichen Teil der staatlichen Steuereinnahmen in Beschlag nehmen, entsteht für Parlamente und Regierungen ein Problem „fiskalischer Demokratie“: Wo sehr viel bereits in der Vergangenheit beschlossen wurde, bleibt in der Gegenwart wenig zu entscheiden. (...) Somit wird die Frage immer drängender, welche Handlungsspielräume demokratische Politik in Zukunft noch hat und warum die Bürger sich für eine Politik interessieren sollten, die nichts anderes mehr tun kann, als bereits feststehende Ansprüche zu bedienen.“

⁴ Video von der Veranstaltung im Kreiskyforum (Zitat Minute 47): <http://www.misik.at/sonstige/thomas-strobl-ohne-schulden-lauft-nichts.php>

⁵ <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-3.pdf>

3. Neue Steuern oder sparen? Sowohl als auch!

In den letzten beiden Kapiteln wurde geklärt und begründet, wieso wir viel frisches Geld benötigen. Nun stellt sich die Frage, wo das Geld herkommen soll. Viele Sozialdemokrat/innen glauben, eine sozial gerechte Steuerreform sei die Lösung aller Probleme. Wir sprechen natürlich nicht von ein paar Peanuts durch eine Bankenabgabe und eine harmlose Abschaffung der Spekulationsfrist bei Aktien. Es geht um eine Steuerstrukturreform mit einer Angleichung der Vermögenssteuerquote an den EU-Schnitt, womit bis zu fünf Prozent des Steueraufkommens durch vermögensbezogene Steuern aufgebracht werden könnten. Dadurch sollten erstens eine Fülle von anstehenden *politischen Maßnahmen* von der Pflege bis zur Schulreform finanziert werden, zweitens eine *Entlastung der niedrigeren Einkommen* garantiert werden und drittens die *Krisenschulden in Schach gehalten werden*. Das alles wird selbst die größte Steuerreform nicht leisten können. Es wäre fahrlässig, nicht parallel über andere Möglichkeiten der Mittelaufbringungen nachzudenken. Vor allem, wenn dabei Effizienzpotentiale gehoben und die staatliche Organisationsstruktur verbessert werden könnte, womit verschiedene Ziele gleichzeitig erreicht würden.

Viel gravierender als diese Anregungen für einen Blick über das Steuersystem hinaus sind jedoch strategische Argumente. Denn eine Strukturreform des Steuersystems bedeutet nicht, dass danach mehr Geld vorhanden ist. Selbst wenn es endlich gelingen sollte das Vermögen in Österreich als Steuerquelle anzuzapfen (wie es in den USA und ganz Europa selbstverständlich der Fall ist), müssten mit beachtlichen Teilen dieser Mittel auf jeden Fall notwendige Entlastungen für die unteren und mittleren Einkommen finanziert werden, eventuell flankiert von einer Senkung der Lohnnebenkosten. Ohne diese Entlastung wäre eine substantiell relevante Vermögensbesteuerung politisch nicht durchsetzbar, denn eine Reform bei der unmittelbar niemand gewinnt außer Vater Staat ist eine politische Todegeburt. Es wäre auch zu leicht gegen den sprunghaften Anstieg von Staats- und Steuerquote zu polemisieren. Sprich, die Gelder aus den vermögensbezogenen Steuern müssten vielleicht sogar mehrheitlich aufkommensneutral zur Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen verwendet werden. Damit der Faktor Arbeit entlastet wird, die mittleren und unteren Einkommensgruppen mehr Geld in der Tasche haben, Arbeit sich eher auszahlt und das Einstellen neuer Arbeitskräfte für Unternehmen ein bisschen attraktiver wird.

Ähnliches gilt für das Argument des Schuldenabbaus, das Dank jahrelanger neoliberaler Propaganda eine große Rolle für viele Menschen spielt. Doch die damalige Propaganda kann jetzt hilfreich sein, wenn man den Spieß umdreht und in etwa folgendes sagen: *Nicht der Sozialstaat, sondern die Finanzindustrie und die Wohlhabenden, die nicht wussten wohin mit ihrem überschüssigen renditesuchenden Kapital, haben den Finanzsektor mit ihrem Anlageverhalten aufgeblasen. Sie tragen die Verantwortung für die Krise. Jetzt ufert das Budgetdefizit aus und um dieses einzudämmen, benötigen wir neue Steuern. Zahlen soll nicht die Allgemeinheit sondern die Verursacher/innen.* Ein Paket in dem der Schuldenabbau und die zuvor durchargumentierte Entlastungen

wesentliche Bestandteile darstellen, ist nicht nur sinnvoll, sondern in der Mitte der Gesellschaft auch viel eher politisch verkaufbar. Eine Erhöhung der Abgabenquote ausschließlich zur Expansion des Staatssektors ist sicher nicht mehrheitsfähig, selbst wenn es nur Grasser, Meisl und den Waffengraf treffen sollte.

Meine These ist, dass man mit den Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern für alle Investitionen in Kinderbetreuung, Schulbildung, Universitäten & Forschung, Pflege, Ökologisierung von Verkehr und Energieversorgung sowie Entwicklungszusammenarbeit bei weitem nicht genügend Mittel zusammenkratzen kann. Nicht zuletzt, weil ein beachtlicher Teil der neuen Steuergelder eben für die Entlastung und den Schuldenabbau verwendet werden müsste. Nicht nur, aber vor allem auch aus diesen Gründen knapper Ressourcen ist die Sozialdemokratie gut beraten, ihr Augenmerk mittelfristig auch auf die Staatsreform zu richten. Eine umfassende Neuorganisation des Staates könnte wohl noch einmal so viele Mittel freisetzen wie die Angleichung der Vermögensbesteuerung an den EU-Schnitt. Steuern oder Sparen ist keine Frage des *entweder oder*, sondern eine des *sowohl als auch*.

Das Wifo spricht kurzfristig von Einsparungsmöglichkeiten in der Höhe von 2,5 Mrd. Euro, langfristig seien fast 10 Mrd. Euro durch eine Verwaltungsreform (inklusive Subventionskürzungen, Gesundheits- und Föderalismusreform) zu lukrieren. Der Budgetexperte der Arbeiterkammer Georg Feigl hält dieses Einsparungsvolumen nur in Verbindung mit beachtlichen Leistungskürzungen für realisierbar.⁶ Im Zusammenhang mit einer reinen Verwaltungsreform ohne Leistungskürzungen spricht er davon, dass es bereits ein Erfolg wäre bis 2013 eine Milliarde einzusparen. Überdies stößt er sich an dem Begriff Verwaltungsreform, weil dieser unpräzise sei, weshalb in Folge von Staatsreform gesprochen wird. Georg Feigls Einschätzung des Einsparungspotenzials scheint seriöser und vor allem aus realpolitischer Sicht für realistischer. Außerdem hat er Recht, dass es primär um eine sinnvolle und effiziente Neuorganisation staatlicher Organisation geht und die Einsparungen sozusagen ein logischer Nebeneffekt der Organisationsentwicklung sind.

Als Orientierungshilfe für die Zielsetzung soll der Fokus nicht darauf gelegt werden, was unter den Bedingungen der aktuellen politischen Realverfassung möglich ist, sondern darauf was man tun würde, wenn man könnte. Sozusagen in einer Modellwelt, in der Bundesländer, Industriellenvereinigung und BeamtenGewerkschaft als Dreifaltigkeit der Reformblockade einflusslos wären. Mit einem relativ radikalen Maßnahmenpaket – das im nächsten Kapitel noch vorgestellt wird – müssten mittelfristig mehrere Milliarden in einer Staatsreform zu holen sein, ohne Leistungskürzungen vorzunehmen. Parallel dazu sollte eine gewaltige Steuerstrukturreform durchgeführt werden, die den Anteil der vermögensbezogenen Steuern am Steueraufkommen auf den EU-Schnitt von fünf Prozent anhebt. Das wäre gemessen an den Steuereinnahmen von 2009 ein Anstieg von derzeit 1,4 Mrd. auf rund sechs Milliarden Euro. Geht man davon aus, dass Staats- und Steuerreform zwei Legislaturperioden in

⁶ <http://www.steuermuhen.at/index.php/effizienter-staat-statt-neue-steuern>

Anspruch nehmen, um vollständig umgesetzt zu werden, ist damit zu rechnen, dass innerhalb von zehn Jahren schrittweise neue Mittel in die Staatskasse fließen. Im Jahr 2020 sollte das jährliche Budgetplus aus Steuerreform und Staatsreform schließlich in einer Größenordnung von zehn Milliarden angelangt sein. Mit den gewonnenen Mittel sollten alle drei genannten Ziele – Investition, Entlastung und Schuldenabbau weitgehend erreicht werden können.

4. Sozialdemokratische Agenda: Vermögenssteuern und links sparen durch Staatsreform und Privilegienabbau

Eine sozialdemokratische Staats- und Steuerreform sollte entlang folgender Leitlinien angegangen werden: Ganz einfache Strukturen, schlanker Zentralismus und völlige transparente politische Kompetenzzuordnung. Hier eine grobe und nicht im Detail ausgeführte Skizze, wohin die Reise gehen könnte :

- **Staatsverwaltung**
 - Abschaffung der Landtage und Landesregierungen
 - Aufteilung der Länderkompetenzen zwischen Bund und Kommunen, bei entsprechender Aufwertung des Bundesrates⁷
 - Zusammenlegung von Gemeinden
 - Evaluierung der Bezirksstrukturen: Der Voves-Vorschlag Bezirkshauptmannschaften zu Großregionen zusammenzulegen muss ebenso andiskutiert werden wie die Schaffung von Kommunalverbänden in ländlichen Regionen.⁸

- **Gesundheitswesen**
 - Abschaffung aller Krankenversicherungsanstalten
 - Abschaffung aller Krankenversicherungsbeiträge (stattdessen Steuerfinanzierung)

⁷ Ein Modell für einen neuen Bundesrat ist zwar nicht Kernthema dieses Papiers, daher mein Vorschlag in groben Zügen in der Fußnote: Die Mitglieder des Bundesrates werden nach Persönlichkeitswahl in etwa gleich großen Wahlkreisen gewählt. Die Mitgliederzahl richtet sich nach der Bevölkerung, für je ca. 80.000 Menschen ein Mitglied, was rund 100 Bundesräte ergibt. Der Bundesrat bekommt eine Mitsprache bei in der Verfassung exakt festgelegten Agenden von hoher regionaler Relevanz, sowie eine Reihe von weiteren Aufgaben, die nicht im Einflussbereich der Bundesregierung getroffen werden sollen. Etwa die Bestellung der Aufsichtsräte aller öffentlichen Unternehmen (ÖIAG, ÖBB etc.) der ORF-Führung, des Nationalbankgouverneurs, des Rechnungshofpräsidenten und der Verfassungsgerichtshofmitglieder, sowie die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und darüber hinaus weitere Kontrollaufgaben. Die Zielvorgaben für die ÖIAG (und ÖBB etc.), sowie für die öffentlichen Dienstleister (Daseinsvorsorge etc.) geben allerdings Nationalrat und Bundesregierung vor. Überdies haben die Mitglieder des Bundesrates explizit die Aufgabe die Interessen ihrer Wahlkreise und ihres Bundeslandes in die Bundespolitik einzubringen. Die Bundesräte eines Bundeslandes bilden gleichzeitig eine Landesvertretung, das stimmenstärkste Mitglied fungiert als Landeshauptfrau/mann. Der Landesvertretung obliegen ausschließlich Aufgaben der Repräsentation und der Vermittlung zwischen Gemeinden und Regionen. Landesvertretungen verfügen über keinerlei legislative oder exekutive Gewalt.

⁸ siehe: <http://steiermark.orf.at/stories/430467/>

- Universal-Gesundheitsversicherung für alle Menschen die in Österreich einen Wohnsitz haben – damit sind auch alle (neuen) Selbstständigen bedingungslos krankenversichert
- Administration durch eine zentrale und schlanke Anstalt
- Festlegung der Rahmenleistungen durch den Nationalrat und der Detailleistungen per Erlass des/der Gesundheitsministers/in
- Die von vielen Seiten geforderte Neuorganisation der Versorgung: Z.B. sollen kleine Bezirksspitäler Notfallambulanzen erhalten und sich stärker auf Pflege spezialisieren, komplexere Abteilungen sollen in wenigen Regionalzentren zusammengefasst werden etc.

- **Pensionen**

- Abschaffung aller Pensionsversicherungsträger
- Abschaffung aller Pensionsversicherungsbeiträge (stattdessen Steuerfinanzierung)
- Einführung einer universalen Volkspension in der Höhe von (12 Mal) 1.000 Euro für ausnahmslos alle.
- Wer freiwillige höhere Beiträge in das staatliche Pensionssystem eingezahlt hat bekommt entsprechend mehr als 1.000 Euro, die Pensionen werden jedoch bei einem Maximum von (12 Mal) 3.000 Euro gedeckelt.
- keinerlei Förderung oder Unterstützung privater Pensionsvorsorge

- **Privilegien**

- Maximale Angleichung aller Dienstverhältnisse an das ASVG
- Pragmatisierungen nur noch in absoluten Schlüsselbereichen wie bei der Justiz
- Rigorose Deckelung aller aktuellen Spitzenpensionen im öffentlichen Bereich, soweit dies mit dem Vertrauensschutz vereinbar ist.
- Rigorose Höchstgrenze für die Gehaltssumme, die aus öffentlichen Quellen bezogen werden kann
- Angleichung der LandesbeamtInnen in den ausstehenden Bundesländern an die Pensionsreform
- Durchforstung des Zulagensystems im öffentlichen Bereich
- Lohnsteigerungen im öffentlichen Bereich müssen sich am Schnitt der privaten Sektoren orientieren
- Normalarbeitszeit für LehrerInnen in einer komplett reformierten Ganztagschule
- Die Förderung in der Landwirtschaft muss ab 50 ha. Ackerfläche kontinuierlich abnehmen
- Die Förderungen in der Privatwirtschaft müssen auf Doppelgleisigkeiten und Sinnhaftigkeit abgeklopft werden
- Die Förderungen im privaten Wohnbau müssen stark reduziert und an Energieeffizienz gekoppelt werden

- **Steuersystem**

- Abschaffung der Sozialabgaben für DienstnehmerInnen
- Einheitlicher stark progressiver Einkommenssteuersatz der alle Sozialabgaben beinhaltet
- Nur das Finanzamt bleibt als Verwaltungsbehörde über
- Spürbare Reduktion der Dienstgeberbeiträge
- Abschaffung sämtlicher Absetzbeträge
- Starke Reduktion der Pendlerpauschale
- Überführung von 13. und 14. Monatsgehalt in den Normallohn
- Anhebung der Kapitalertragssteuer (KEST II) auf 34% - das ergibt bei einer Beibehaltung der 25%-Körperschaftssteuer eine Endbesteuerung auf entnommene Gewinne von 50%
- Einführung einer klugen, progressiven und wirklich ergiebigen Erbschaftssteuer
- Einführung von klugen, lückelosen und ebenfalls wirklich ergiebigen Vermögenszuwachssteuern auf Aktien, Immobilien und Sparguthaben (KEST I).
- Einführung von moderaten Vermögenssubstanzsteuern

5. Gibt es ein linkes Sparen?

Steueraffine politische Akteur/innen wissen schon, wie auf Protest gegen Steuererhöhungen zu reagieren ist. Man erläutert dem Gegenüber, dass verschiedene Steuern verschiedene Bevölkerungsgruppen treffen, dass ein Anstieg der Mehrwertsteuer sicher schlecht für die Masse der Menschen sei, dass jedoch Erhöhungen im Bereich der Einkommens- und Vermögenssteuer immer die Oberen überproportional zur Kassa bitten. Selbst wenn Teile der Mittelschicht leicht betroffen würden ist es doch so, dass diese Betroffenheit durch Transfers oder öffentliche Sachleistungen überkompensiert wird und letztlich 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung unterm Strich profitieren. Man argumentiert, dass es gute und schlechte Steuern gibt und intelligent konstruierte höhere Steuern zielsicher privilegierte Gruppen treffen. Wieso legen wir diese Denkweise nicht auf das Sparen um? Gibt es nicht genauso ein gutes und ein schlechtes Sparen? Muss Sparen immer bedeutet, dass der gesamte Staatssektor zurückgefahren wird? Kann nicht bei konstanter Staatsquote in gewissen Sektoren eingespart und dafür in anderen investiert werden? Kann man Sparen nicht so gestalten, dass die große Mehrheit der Bevölkerung gar nichts merkt und nur ungerechtfertigt privilegierte Gruppen ihre Vorteile verlieren bzw. ineffiziente Verwaltungsstrukturen ersetzt werden? Zwei Beispiele sollen zeigen, dass dies möglich ist:

a) Privilegien: Einerseits klassische Privilegien wie die von gewissen Pensionistengruppen, von BeamtInnen oder von Eisenbahner/innen im alten Dienstrecht.

- Die Höchstpension für Beamte beträgt 8.000 Euro pro Monat, jene für ASVG-Versicherte und Selbstständige nur 2.800 Euro. Die Spitzenpensionen für BundeslehrerInnen liegen bei 5.000 Euro,

RichterInnen kassieren bis zu 7.200 Euro. Die 14 pensionierten Direktoren der Nationalbank erhielten 2008 pro Kopf im Schnitt knapp 24.000 (!) Euro Monatspension. Die 230.000 BezieherInnen einer ASVG Mindestpension müssen mit 780 Euro das Auslangen finden. „Derzeit kosten 300.000 öffentliche Pensionen mit rund acht Milliarden noch annähernd so viel wie 2,2 Millionen normale Pensionen“ so Bernhard Schwarz, Chef der staatlichen Pensionskommission kürzlich im Standard.⁹

- Es ist die Gewerkschaft öffentlicher Dienst der ihre Mitglieder laut Rechnungshof rund 5.000 Nebengebühren sowie stets überdurchschnittliche Lohnabschlüsse verdanken. In der „Presse“ vom 26. April wurde darauf hingewiesen, dass der Gehaltvorsprung auch bei Berücksichtigung der Alters- und Ausbildungsgruppen beachtlich bleibt.

Es muss unser Ziel sein diese Gruppierungen punkto Pensionsrecht, Lohn(steigerung) und Arbeitsrecht an die Menschen im ASVG heranzuführen. Aus einem grundsätzlich-ideologischen Zugang: Privilegierte stehen oft unter dem Schutz jener Sozis die meinen, man müsse zumindest im öffentlichen Sektor eine sozialistische Insel schaffen (Unkündbarkeit, hohes Gehalt, kein Wettbewerbsdruck). Dabei verteidigen die ehemaligen Klassenkämpfer Privilegien, die gegen das für die Sozialdemokratie elementare egalitäre Prinzip verstoßen. Im gültigen SPÖ-Parteiprogramm heißt es dass „unsere politische Arbeit darauf abzielt, eine Gesellschaft ohne Privilegien und Herrschaftsverhältnisse zu schaffen (...)“. Jeglicher Klientilismus ist ein antisolidarisches Gift für die Gesellschaft. Er nützt immer stärker den Konservativen, weil die privilegierte Klientel sich eher mit den Interessen der Eliten als mit jenen der nicht privilegierten sozialen Schichten identifiziert. Denn die privilegierte Klientel hat immer etwas zu verlieren. Außerdem ist zu bedenken, dass je homogener die arbeitsrechtlichen und steuerlichen Bedingungen für die breite Masse sind, desto wahrscheinlicher ist ein solidarisches Verhalten und desto stärker die Position gegenüber den wirklichen gesellschaftlichen Eliten auf der Kapitalseite.

Für jene mit einem pragmatisch-machtpolitischen Zugang sei der Umstand folgendermaßen formuliert: Als Rote müssen wir das Pensionsrecht der öffentlich Bediensteten in Wien an die Pensionsreform angleichen und bei den Beschäftigten der ÖBB im alten Dienstrecht (Eintritt vor 1996) einige Anpassungen an das ASVG vornehmen. Das sind aber überschaubare Brocken im Gegensatz zu Reformen in der Beamtenbesoldung, im Lehrerdienstrecht, bei der Föderalismusreform oder bei den Pensionsprivilegien höherer Einkommensgruppen. Und um das klipp und klar zu sagen: Die Beamten inklusive LehrerInnen, der Föderalismus und die Pensionsprivilegien im öffentlichen Bereich sind allesamt Klientelprobleme der ÖVP, und nicht der SPÖ.

b) Förderungen: Es gibt aber noch ganz andere Bereiche, die gerade Sozialdemokrat/innen nicht übersehen sollten. Wir vergessen meist, dass etliche Vorteile und Subventionen nur für höhere Einkommensgruppen und für Besitzende gelten.

- Die Landwirtschaft ist de facto öffentlich finanziert und hält an der Flächenförderung fest. Das bedeutet landwirtschaftliche Agrarindustriebetriebe die auf Grund ihrer Größe Kostenvorteile haben bekommen genauso viel Förderung pro Hektar wie kleinere Betriebe.
- Unternehmenssubventionen fallen immer wieder sehr großzügig aus und können unter Umständen von mehreren öffentlichen Stellen gleichzeitig bezogen werden. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter führte im „Format“ eine Biogasanlage in der Steiermark an. Diese wurde mit 350.000 Euro vom Lebensministerium gefördert und mit 350.000 vom Wissenschaftsministerium.
- Die ORF Sendung kreuz & quer stellte kürzlich eindrucksvoll dar, dass eine Familie aus dem oberen Mittelstand problemlos 150.000 Förderungen für die Sanierung eines Altbaus erhält. Die Familie eines Arbeitslosen erhält in 25 Jahren Mietzinsbeihilfe in der Höhe von 42.600 Euro. „Wenn man Geld hat, kommt Geld hinzu“, kommentierte Caritas-Präsident Küberl diese Gegenüberstellung.

Erstaunlich dass der Staat die Oberen äußerst großzügig beschenkt, in absoluten Zahlen oft viel üppiger als Menschen am unteren Ende der sozialen Leiter. Steuerabsetzbeträge und viele Förderungen im Wohnbau, in der Landwirtschaft und bei privatwirtschaftlichen Investitionen nützen vor allem besser gestellten Menschen. Diese Beispiele zeigen: Es gibt ein linkes Sparen.

Conclusio

Man kann an der Einnahmenschraube und an der Ausgabenschraube drehen. Beides sind legitime Wege um Mittel für fortschrittliche Ziele freizumachen. Überdies schadet der Spar- und Konsolidierungsdiskurs nur, wenn der Sozialstaat in die Defensive kommt, andernfalls kann er sogar hilfreich sein. Wenn der Folklore-Föderalismus oder die Spitzenpensionen der BeamtenInnen im Spardiskurs unter Druck kommen, ist das sicherlich kein Schaden für fortschrittliche Politikkonzepte. Auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist nicht per se schlecht, die Frage ist vielmehr welcher Konsolidierungskurs eingeschlagen wird. Kaum sah es so aus als ob die Steuereinnahmen 2010 stärker steigen würden als ursprünglich angenommen, verkündete der Finanzminister im Herbst 2010, es bedürfe doch keiner neuen Steuern. In diesem Fall müssen fortschrittlich orientierte Menschen auf das ausufernde Defizit pochen, sowie auf den staatlichen Zinsdienst, von dem ausschließlich die Wohlhabenden profitieren. Man muss auf den geplanten vermögensbezogenen Steuern – auch zur Eindämmung dieses Defizits – bestehen. Wieso verwendet man das Sparen und Konsolidieren nicht genauso wie die Konservativen für seine Zwecke? Die Reallokation öffentlicher Ressourcen im Allgemeinen und die Staatsreform im Speziellen, sollten in der Prioritätenliste der Sozialdemokratie auf einen Stockerlplatz klettern.